

Pressemitteilung

Berlin, 30. Mai 2020

Deutsche Wirtschaft besorgt über die Entwicklungen in Hongkong

- **Nationales Sicherheitsgesetz wirft Fragen zu Hongkongs systemischer Autonomie auf.**
- **Die deutsche Wirtschaft schätzt das hohe Maß an Rechtsstaatlichkeit und Transparenz in Hongkong und ist besorgt über die derzeitigen politischen Entwicklungen.**
- **Das neue Nationale Sicherheitsgesetz darf den Status quo des Prinzips "Ein Land, zwei Systeme" nicht in Frage stellen.**
- **Jede Relativierung des Prinzips "Ein Land, zwei Systeme" hätte negative Signalwirkungen für den Wirtschaftsstandort Hongkong.**

Der APA blickt mit Sorge auf die politischen und gesellschaftlichen Spannungen in Hongkong. Mit der Verabschiedung eines nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong werden Fragen zur Aufrechterhaltung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ laut.

Hongkongs herausragende wirtschaftliche Stellung als internationaler Finanzplatz und Handelsdrehkreuz ist eng mit der Zusage zur Einhaltung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ verbunden. Deutsche Unternehmen schätzen das hohe Maß an Rechtsstaatlichkeit und Transparenz in Hongkong. Die im „Basic Law“ zugesagten Rechte bilden eine wichtige Grundlage für das große und langfristige Vertrauen in den Standort. Dazu gehören die Systeme der politischen Selbstverwaltung und des freien Handels, sowie eine vom Festland unabhängige Justiz mit Grundfreiheiten, wie der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit.

Die deutsche Wirtschaft hat ein starkes Interesse daran, dass das bewährte Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ auch im Interesse der Multilateralität aufrechterhalten wird. Eine Beeinträchtigung von Hongkongs autonomer Stellung innerhalb der Volksrepublik China wäre eine Entwicklung in einer Zeit, in der die Welt Stabilität und Zusammenhalt benötigt und keine weiteren Anlässe für Verunsicherung und soziale Konflikte. Die deutsche Wirtschaft appelliert daher an alle Beteiligten, die Konflikte friedlich und umsichtig beizulegen und Unsicherheiten auszuräumen.

Über den APA

Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft fungiert als Brückenbauer zwischen der deutschen Asienwirtschaft und der Politik in Deutschland und in den asiatischen Partnerländern. Der APA bündelt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anliegen und Interessen der deutschen Unternehmen in der Region Asien-Pazifik. Angestrebt sind die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asien-Pazifik-Region und die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen. Der APA ist eine Initiative von BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband. An der Spitze des APA steht seit Februar 2019 als Vorsitzender Joe Kaeser, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG.

Kontakt:

Friedolin Strack
Sprecher der Geschäftsführung
Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Tel.: +49 (0)30 2028 1423
f.strack@bdi.eu